

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meißner'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Wegpreis:

Wöchentlich in Neuenbürg 12 Pf., durch die Post im Orts- und Oberamtsbezirk sowie im sonstigen Inland. Verleger 11.45 m. Postbest. Welt.

Alle Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Anzeiger jederzeit entgegen.

Stamms Nr. 24 bei der Oberamts-Poststelle Neuenbürg.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Zeile über deren Raum 60 Pf., bei Kostumübertragung durch die Geschäftsstelle 45 Pf. extra. Bekanntheit Nr. 1.20 bei größeren Aufträgen entsprech. Rabatt, der in Falle des Nachverfalls hinfällig wird.

Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor. Fernsprecher Nr. 4. Für telef. Anträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

Nr. 134.

Neuenbürg, Samstag den 12. Juni 1920

78. Jahrgang.

Rundschau.

Die Wahlschlacht ist geschlagen, ihre Ergebnisse sind bekannt. Der neue württembergische Landtag wird am 22. Juni, der Reichstag, wie er jetzt wieder statt Nationalversammlung heißt, am 23. oder 24. Juni zusammentreten. Dann muß es sich alsbald entscheiden, welche Folgerungen aus den Wahlergebnissen praktisch zu ziehen sind, über die theoretisch jetzt noch so viel gestritten wird. Bekanntlich ergaben die Wahlen einen Kurs nach rechts, indem auf Kosten der Deutschen demokratischen Partei die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei erheblich gestärkt wurden. Sie hatten aber auch einen Kurs nach links dadurch im Gefolge, daß die Mehrheitssozialdemokratie eine Anzahl Mandate an die Unabhängigen abtreten mußte. Das gilt für den Landtag wie für den Reichstag.

Eine Koalitionsregierung ist auch nach den Wahlen nicht zu umgehen. Keine Partei ist für sich stark genug, die von parlamentarischen Prinzip geforderte Mehrheit für die Regierungsbildung aufzubringen. Demnach müssen sich mehrere Parteien zu diesem Zweck vereinigen. Im württembergischen Landtag verfügen die drei alten Koalitionsparteien, Sozialdemokratie, Demokratie und Zentrum, zusammen über 55 Stimmen. Das ist bei 101 Abgeordneten eine so kleine Mehrheit, daß die nächste beste Zufallsabstimmung die Regierung in die Minderheit bringen und sonach zum Rücktritt zwingen könnte. Geht aber Bürgerpartei, Bauernbund und Zentrum zusammen und bilden eine rein bürgerliche Koalition, so haben sie ebenfalls nur 55 Sitze und sind denselben Zufälligkeiten ausgeliefert. Daß die Deutsche demokratische Partei samt der Deutschen Volkspartei mit ihren 15 bzw. 4 Mandaten zur Verstärkung dieser Koalition sich bereit finden lassen, ist namentlich bezüglich der Demokratie kaum anzunehmen. Andererseits ist es sehr unwahrscheinlich, daß die alte Koalition durch Hinzutritt der 14 Unabhängigen die nötige Verstärkung ihrer Tragfähigkeit erhalten könnte. Für die alte wie für die neue Koalition handelt es sich also vornehmlich um die vier Stimmen der Deutschen Volkspartei, nach deren Zuzug aber die Sozialdemokratie wenig Verlangen befundet. So klein diese Partei ist, bildet sie doch das Jünglein an der Waage, wie sie es auch schon früher unter nationalliberaler Flagge gebildet hat. Wir haben aber schon vor 8 Tagen ausgeführt, daß die mehr oder weniger freiwillig entstandene Lage, eine Politik bald nach der einen, bald nach der anderen Seite machen zu müssen, schon für die einst so große Deutsche, später Nationalliberale Partei verhängnisvoll war. Im Grund genommen liegt die Entscheidung über den Kurs, den die künftige württ. Regierung zu steuern hat, beim Zentrum. Es ist weitaus die stärkste Partei und kann die Führung an der Spitze der Staatsregierung wie des Landtags für sich beanspruchen. Der um die Erhaltung der alten Koalition besorgte Kultminister, der — nebenbei bemerkt — in einer rein bürgerlichen Koalition schwer im Amte bliebe, baut schon vor. Herr Dr. Dieber hält es für dringend erwünscht, daß die Kirchen- und Schulfragen aus dem politischen Kampf noch mehr und mehr herausgehoben werden. Er ist jetzt gerade zur Reichsschulkonferenz nach Berlin gereist und hat dort Gelegenheit, an die Stelle seiner Worte Taten zu setzen. Das Zentrum ist sich seiner schweren Aufgabe wohl bewußt. Justizminister Volk hat unzweideutig erklärt, daß der Partei eine andere Koalition aufgedrängt werde, wenn von sozialdemokratischer und demokratischer Seite versucht werden sollte, in den Schul- und Kirchenfragen über die Grundlinie des Zentrums hinweg zu gehen, und kündigt für diesen Fall das Neuzerster bis zum Volksentscheid an. Auf welcher Grundlinie schließlich die Einigung zustande kommt, ist noch nicht abzusehen. Möglicherweise wird ein reines Geschäftsministerium gebildet. Das würde aber nicht von langer Dauer sein. Herr Heymann als Minister des Innern wird man mindestens ausschließen müssen. Die beste Lösung wären Fachministerien unter der Kontrolle des Parlaments. Damit würde die Verwaltung entpolitisiert und das Vertrauen weiter Kreise des Volkes zur Regierung wieder gewonnen. Dabei könnte der bisherige Staatspräsident Bloß, dem dieses Vertrauen nie gefehlt, im Amte bleiben. Wir meinen, die meisten Bürger, Bauern und Arbeiter des Landes könnten sich damit zufrieden geben. Der Landtag aber läßt so aus einem Zustand dauernder Krisen heraus oder überhaupt nicht in ihn hinein.

Schwieriger ist die Lage bezüglich des Reichstags. Das Reichskabinett hat bereits seine Entlassung eingereicht. Das Stärkeverhältnis der Parteien bemißt sich vergleichsweise im Reichstag ähnlich wie in unserem Landtag, aber mit dem erheblichen Unterschied, daß die Deutsche Volkspartei in Berlin sehr viel stärker vertreten ist als in Stuttgart. Der Schwerpunkt im Reichstag hat sich nach rechts verschoben. Das Nächstliegende wäre demnach eine Erwei-

terung der Koalition durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei. Davon will aber die Mehrheitssozialdemokratie vorderhand nichts wissen. Der bisherige Reichskanzler Herrmann Müller hat sogar schon das bedeutungsvolle Wort „niemals“ gesprochen. Es wird wohl nicht sein letztes Wort gewesen sein, ganz abgesehen davon, daß man in der Politik niemals „niemals“ sagen soll. Einstweilen ist Müller vom Reichspräsidenten mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Bleibt er dabei, die Deutsche Volkspartei zu verschmähen, so muß er sich an die Unabhängigen halten. Diese aber denken gar nicht daran, in eine Koalition einzutreten, an der auch bürgerliche Parteien, selbst solche wie die Demokratie und das Zentrum, beteiligt sind. Eine verantwortungslose Opposition ist ihnen bequemer. Der Reichspräsident wird deshalb genötigt sein, einen anderen, vermutlich einen Führer der Deutschen Volkspartei, mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Mit welchem Erfolg, steht dahin. Das Zentrum hat sich auch in Berlin seine Entscheidung vorbehalten. Schließlich ergibt sich aber noch eine weitere Möglichkeit, nämlich die, daß die Mehrheitssozialdemokratie nach ihren Erfahrungen bei diesen Wahlen überhaupt keine Lust mehr hat, sich die Last des Regierens aufzuerlegen. Das ist noch keineswegs völlig ausgeschlossen. Dann aber bliebe nichts übrig als der Versuch ein rein bürgerliches Kabinett zu bilden. Schreitet dieser, so würden wir sehr bald unter jener Voraussetzung vor der Notwendigkeit von Neuwahlen stehen und müßten uns in Berlin eben so lange mit einem Geschäftsministerium behelfen. Die Lage ist schwierig. Es bleibt nicht viel Zeit für ihre Klärung, denn wenn auch nochmals verschoben, die Konferenz von Spaan tritt am 15. Juli zusammen. Bis dahin aber, wenn es um Sein oder Nichtsein Deutschlands geht, müssen wir klare Regierungsverhältnisse haben.

Auch unsere wirtschaftliche Lage drängt nach dieser Richtung. Der Konjunkturschwung macht sich allenthalben bemerkbar. Die Absatzstagnation wird von den Industriellen und kaufmännischen Kreisen gleichermaßen empfunden. Jetzt, wo durch die Erholung der Valuta die Ausführsmöglichkeit verringert ist, empfindet man im ganzen Erwerbsleben die Höhe der Löhne und Gehälter äußerst drückend. An ihren Abbau ist aber angesichts der immer noch zunehmenden Teuerung der Lebensmittel und der künstlich hochgehaltenen Preise für die Gegenstände des sonstigen Bedarfs kaum zu denken. Schon steht das Gespenst der Arbeitslosigkeit vor der Tür. Nur eine starke, vom Vertrauen der großen Mehrheit des Volkes und der Parlamente getragene Regierung ist solchen Gefahren gewachsen. Unsere Entensichten sind ja gut, aber noch trennen uns Monate von ihrem Ertrag. In solcher Zeit ist eine langandauernde Regierungskrisis nicht anzuhalten. Wir wollen einmal sehen, ob der Sozialdemokratie in solcher Notlage des Reiches das Vaterland über der Partei steht. Auch die Unabhängigen werden jetzt zeigen müssen, ob sie dem Volkswillens schon ganz verfallen oder bereit sind, aus ihrer fruchtlosen Opposition heraus zu praktischer Arbeit überzugehen.

Unser Verhältnis zur Entente hat sich nicht gebessert. In den polnischen Abstimmungsbezirken begünstigt sie eben so wie in denen an der belgischen Grenze in schamloser Weise die Vergewaltigung des Deutschtums. Wir haben die alliierten Regierungen in einer Note gebeten, unsere Reichswehr ständig auf dem jetzigen Bestande von 200 000 Mann beizubehalten zu dürfen. Bekanntlich verpflichtet uns der Friedensvertrag, die Reichswehr bis zum 10. Juli auf 100 000 Mann zu erniedrigen. Das ist unmöglich, aber es befiehlt sehr wenig Hoffnung auf ein Entgegenkommen durch die Alliierten. Eine schwarze Woche in der deutschen Geschichte muß die zu Ende gegangene genannt werden. Wir müßten gemäß den Bestimmungen des unheilvollen Friedensvertrags unsere letzten Juppelne, das geniale, in langen Jahren immer mehr vervollkommnete Werk unseres Juppelne, an die Entente abliefern. Wir empfinden neben dem Schmerz, der angesichts dieser neuen Demütigung jedes deutsche Herz durchzieht, es als eine Erleichterung, daß den großen Erfahrer ein gnädiges Geschick davon bewahrte, diesen Tag der Schmach zu erleben. Das italienische Kabinett ist bereits wieder in die Brüche gegangen, weil die Sozialisten gegen die erhöhten Brotpreise ankämpften. Der polnisch-russische Krieg scheint sich neuerdings, falls wir nicht angezogen werden, wieder zu Gunsten der Polen zu wenden. In den Vereinigten Staaten geht der Kampf des Republikantenhauses und des Senats gegen den offenbar geistkranken Wilson weiter. Die Mehrheit beider Häuser hat sich nunmehr für die Erklärung des Friedenszustandes mit Deutschland ausgesprochen, aber der Mann, dessen trügerische Versprechungen unsere Widerstandskraft im Kriege zerbrachen und unser Land vollkommen machten, beharrt auf seinem verfassungsmäßigen Einspruchsrecht. Und so heißt es denn auch schon, daß der von ihm seinerzeit als Zwanzigstel aufgestellte Völkerbund von den Ame-

rikanern selbst verworfen wird, die ihn einen Staatenbund aber nicht einen Völkerbund nennen und damit nichts als die Wahrheit sagen.

Deutschland.

Stuttgart, 11. Juni. Die deutsch-demokratische Partei hält am kommenden Sonntag, 13. Juni, vormittags 11 Uhr, im Restaurant Friedrichsbau, Stuttgart, beim Hauptbahnhof, eine Landesausführung ab, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen.

Karlsruhe, 11. Juni. Der Reichspräsident hat Finanzminister Köhler mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Präsidenten des Landesfinanzamtes beauftragt.

Berlin, 11. Juni. Den Abendblättern zufolge, hat bei den Wahlen zum Gesamtlandtag in Oldenburg die Deutsche Volkspartei 13, das Zentrum 11, die demokratische Partei 7, die Soz. Partei 10, die U.S.P. 5, der Landbund und die Deutschnationalen Volkspartei je einen Sitz erhalten. — Im Reichsrat wurde die Verordnung über die Beschaffung von Papierholz für Zeitungs- und Druckpapier, da sie einen Eingriff in die Forstverwaltungen der Einzelstaaten darstelle, abgelehnt.

Die Stellung der badischen Sozialdemokratie.

Karlsruhe, 11. Juni. Der Parteiauschuß der badischen Sozialdemokratie war gestern hier versammelt, um zu der neuen politischen Lage Stellung zu nehmen. Es wurde beschlossen, dem Parteivorstand in Berlin und der Reichstagsfraktion die Auffassung der badischen Sozialdemokratie dahin zu präzisieren, 1. für eine Weiterführung der bisherigen Koalitionspolitik besteht nach dem Ausfall der Wahlen eine tragfähige Mehrheit nicht, 2. eine Verbreiterung der Koalitionsbasis nach rechts durch Beizug der Deutschen Volkspartei kommt für die Sozialdemokratie nicht in Frage; 3. zu erstreben ist die Bildung einer Koalitionsregierung aus den bisherigen Regierungsparteien unter Beizug der Unabhängigen, und 4. weigern sich die Unabhängigen, an einer Regierungsbildung teilzunehmen, so ist eine Beteiligung an der neuen Regierung für die Sozialdemokratie ausgeschlossen.

Die Bedingungen der Unabhängigen.

Berlin, 11. Juni. Die „Freiheit“, das Organ der unabhängigen Sozialdemokratie, hat acht Bedingungen aufgestellt, unter denen ihre Partei zum Eintritt in die Regierung bereit wäre:

Entwaffnung und Auflösung einer gegenrevolutionären Formation, Mannschafterlass aus den Reihen der organisierten Arbeiterschaft, politisch zuverlässige Führer, Aufhebung des Ausnahmezustandes, Bestrafung aller am Kapp-Putsch Beteiligten, Durchführung der Sozialisierung, Ueberführung des Großgrundbesitzes und der Forsten in gesellschaftliches Eigentum.

Jur Lage.

Berlin, 11. Juni. In Bezug auf die Aussichten der Regierungsbildung beginnt sich nach den Berliner Blättern die Situation insofern zu klären, als die Aussichten einer bürgerlichen Koalition sich mehren. So schreibt die „Freiheit“: In den letzten 24 Stunden ist die Krise ihrer Lösung nicht näher gekommen. Nur insofern ist eine gewisse Klärung geschaffen worden, als sich einige Führer der Sozialdemokratie recht entschieden gegen ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ausgesprochen haben. Wir möchten aber nicht unbedingt die Hand dafür ins Feuer legen, daß die gesamte Partei sich unter allen Umständen diesem Standpunkt anschließen wird. Aber immerhin scheint eine große Wahrscheinlichkeit für die Ablehnung zu bestehen. Die Parteiblätter der Unabhängigen treten für die Beibehaltung ihrer bisherigen Taktik ein, die jede Verbindung zu einer Koalition mit dem Bürgertum außerhalb des Bereichs der politischen Möglichkeiten stellt. Am Sonntag tritt in Berlin eine sozialdemokratische Parteikonferenz zusammen. Die sozialdemokratische Korrespondenz kommt zu dem Ergebnis, daß die Mehrheitssozialisten unzweifelhaft unter der Ungunst der Verhältnisse im Wahlkampf gelitten haben. Die Koalitionsregierung dürfte auch jetzt noch mit Stolz auf ihr Werk zurückblicken, aber das deutsche Volk verglich die gegenwärtige Zeit sinn- und gedankenlos mit der Zeit vor dem Kriege. Die Rechtsregierung, die jetzt kommen muß, wird tausend hoffnungsvolle Keime zertreten, die nachher mit vieler Mühe wieder gepflanzt werden müssen.

Wie die übrigen Parteien verfolgt auch die Deutschdemokratische Partei die Taktik des Abwartens. Bei den sächsischen Vertretern macht sich die Richtung stark bemerkbar, die auf ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien abzielt. Auch das Zentrum hat noch nicht offizielle Stellung zur Lage genommen. Die deutschnationalen Reichstagsfraktion wird am Montag zu ihrer ersten offiziellen Sitzung zusammentreten. Nach einer parteioffiziellen Mitteilung wird die Deutsche Volkspartei bereit sein, unter Zurück-



Kellung ihrer verfassungspolitischen Wünsche mit jeder Partei zusammenzugehen, mit welcher sich ein gemeinsamer Boden für praktische Wiederaufbauarbeit finden werde.

Obert will nicht mehr kandidieren?

Berlin, 11. Juni. Der „Lokalanzeiger“ will von unterworfener Seite gehört haben, daß der Reichspräsident Obert nicht von neuem für die Präsidentschaft zu kandidieren beabsichtigt. Er finde innerhalb seiner Partei gewisse Widerstände gegen seine Person und empfinde sie als eine Ungerechtigkeit, weil seine Kritiker anscheinend übersehen, daß er als Reichspräsident in erster Linie nicht sowohl Parteinteressen, als vielmehr den Gesamtinteressen des ganzen Volkes zu dienen habe.

Ausland.

Wien, 10. Juni. Die „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht eine Meldung aus Rotterdam, daß in belgischen Kreisen verlautet, Erzherzog Karl habe sich an die Ententeregierungen mit der Bitte gewandt, seine Rückkehr nach Ungarn zu gestatten. Der Erzherzog behauptet, daß er in der Schweiz wegen Mangels an Geldmitteln nicht bleiben könne, während er in Ungarn als Privatmann auf seinen Gütern leben könne.

Wien, 11. Juni. In politischen Kreisen verlautet seit gestern mit Bestimmtheit, daß Staatskanzler Renner zurücktreten und daß an seine Stelle der gewesene Staatssekretär Dr. Otto Bauer treten werde.

Rom, 11. Juni. Giolitti ist nunmehr vom König mit der Rabinetsbildung beauftragt worden.

Paris, 11. Juni. „Journal des Debats“ erklärt, daß man in diplomatischen Kreisen mit der Möglichkeit zu rechnen scheine, die internationale Finanzkonferenz von Brüssel entgegen den bisherigen Bestimmungen vor der Konferenz von Spaas abzuhalten. Die Zusammenkunft von Spaas könnte überflüssig werden. Ob zwischen den Alliierten ein Einverständnis erzielt werden könnte, sei aber noch nicht entschieden.

Amsterdam, 10. Juni. Wie aus Washington gemeldet wird, werden das Flaggenschiff „Ostfriesland“, der kleine Kreuzer „Frankfurt“ und 3 ehemals deutsche Zerstörer Mitte Juli nach den Vereinigten Staaten übergeführt werden.

Ausbruch der bolschewistischen Revolution in Persien.

Paris, 10. Juni. Eine Meldung des „Petit Parisien“ besagt, daß in der Nacht vom 6. Juni in Persien die bolschewistische Revolution ausgebrochen ist.

Paris, 10. Juni. Nach einer Meldung aus London haben sich die englischen Truppen nach Bagdad zurückgezogen, nachdem sie Respektlosigkeiten erduldet haben, weil die Hindutruppen sich weigerten, gegen die Revolutionäre zu kämpfen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Durch Entschliebung des Herrn Staatspräsidenten ist auf eine Bauamtsvermeisterstelle bei dem Bezirksbauamt Um, der Bahamtsvermeister Rebholz bei dem Bezirksbauamt Calw in Neuenbürg auf Ansuchen versetzt.

Neuenbürg, 12. Juni. Den Bemühungen von Stadtschultheiß Knodel gelang es nach seiden eingetroffener Nachricht, 4 Freiplätze zur Unterbringung erholungsbedürftiger Kinder in der Schweiz im Alter von 8-14 Jahren zu beschaffen. Die Auswahl, 3 Mädchen und 1 Knabe, geschieht durch den Ortschulrat im Einvernehmen mit dem Stadtschultheißenamt.

Neuenbürg, 11. Juni. Die landau landab einsehende Bewegung gegen die Erhöhung der Telephongebühren hat auch hier Wurzel gefaßt und fand Ausdruck in einer in der „Eintracht“ stattgefundenen gut besuchten Versammlung des Gewerbevereins. Vorstand Fabrikant Gollmer schreie nach einleitenden Begrüßungsworten aus, wie schwer gerade diese neue Last außer den manch anderen im Verkehrsleben den Handwerker und Gewerbetreibenden finanziell drücke und es ihm unmöglich mache, das gewohnte Verkehrsmittel weiterhin zu benutzen. Die ablehnende Bewegung in der Geschäftswelt sei eine allgemeine, was die Protestversammlungen allerorts beweisen. Es sei unbegreiflich, wie die Nationalversammlung, aus Vertretern des Volkes bestehend, sich ein verkehrsunterbindendes Gesetz annehmen konnte. In der hierauf einsehenden Aussprache, die sich sehr lebhaft gestaltete, spiegelte sich dieselbe Entrüstung; es wurde vorgeschlagen, gegen diese gewaltige Verteuerung entschieden Protest einzulegen und diesen dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß die Teilnahme am Fernsprechnetz auf 1. Juli gestündigt werde. Fast einstimmig wurde nach gründlicher Aussprache dieser Vorschlag zum Beschluß erhoben und eine Entschliebung folgenden Inhalts angenommen: „Die heutige gut besuchte Versammlung des Gewerbevereins Neuenbürg ist einstimmig der Ansicht, daß die am 1. Juli in Kraft tretende Erhöhung der Telephongebühren, hauptsächlich der einmalige Beitrag von 1000 Mark, von den mittleren und kleineren Geschäftsleuten nicht getragen werden kann. Die Unterzeichneten kündigen hiermit ihren Teilnehmeranschluß.“ Diese Entschliebung soll sämtlichen Teilnehmern zur Unterzeichnung unterbreitet und hierauf dem Postamt zur Weiterleitung zugestellt werden. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß angeichts der allgemein einsehenden Bewegung gegen den verkehrsbedingenden Beschluß der Nationalversammlung der neue Reichstag hierzu nochmals Stellung nehmen und mindestens eine Revision, wenn nicht die gänzliche Aufhebung dieses Gesetzes beschließen werde.

Neuenbürg, 11. Juni. Die Maul- und Klauenseuche ist auch auf Menschen übertragbar. Selbst der Genuß von Fleisch erkrankter Tiere vermag noch anzukommen. Man hüte sich also vor dem Anlauf von Fleisch, dessen Herkunft nicht ganz einwandfrei feststeht.

Stotterer werden auf die am Dienstag den 15. Juni von 11-7 Uhr in Pforzheim im Bahnhofshotel stattfindenden Sprechstunden von Herrn Dr. Steinmeier vom Sprach-Institut Hagenburg aufmerksam gemacht. Der Besuch dieser Sprechstunden ist dringend zu empfehlen, da die Steinmeier'sche Methode sich vorzüglich bewährt. Der Besuch der Sprechstunden ist kostenlos.

Birkenfeld, 11. Juni. (Spiel und Sport.) Am letzten Sonntag fanden die Verbands-Schlussspiele im II. Bezirk der Klasse A des Gauess Mittelbaden ihren Abschluß. Die erste Elf des I. F.C. B. trug am letzten Sonntag ihr letztes Spiel dieser Saison in Karlsruhe gegen „Hertha“ aus. Mit einem mehrwertigen 1:0 Sieg hat sich Birkenfeld die beiden letzten Punkte gesichert und nimmt somit den Platz in der Mitte der Tabelle ein. Mit diesem Erfolg kann man wohl zufrieden sein, umso mehr, da der Verein eine innere Mannschaftskrisis zu bestehen hatte. Es scheint, daß nun dieselbe bereits überwunden ist. Die erfolgreichen jüngsten Ergebnisse gegen „Normania“, „Gmünd“, „Kilbport“ und „Hertha“, Karlsruhe haben zur Genüge bewiesen, daß die Mannschaft bestrebt ist, ihre vor Jahresfrist innegehabte Form wieder zu erlangen. Nunmehr steht über die heiße Sommerzeit eine längere Ruhepause ein. Einige rüchändige Privatspiele gelangen zum Austrag. Unter anderem sei jetzt schon darauf hingewiesen, daß in absehbarer Zeit einer unserer bestbekanntesten, würdigsten Vertreter, die „Stuttgarter Riders“ mit ihrer vorzüglichen Liga-Reserve-Mannschaft hier gastieren werden. Die dem Treffen, welches wohl den Höhepunkt in sportlichem Können erreichen wird, wird jetzt schon in weitem Umfange die höchste Interesse entgegengebracht.

Die unteren Mannschaften des Klubs werden die kommenden Sonntage dazu benützen, sich mit den umliegenden Vereinen der B- und C-Klasse zu messen. Am morgigen Sonntag empfängt die II. und III. Mannschaft den in letzter Zeit sehr aufstrebenden F.C. Neuenbürg (F. Abt. des Turnvereins) mit seiner I. und II. Mannschaft.

Württemberg.

Stuttgart, 10. Juni. (Die Rechnung für einen Versammlungstraben.) In einer sozialdemokratischen Versammlung im Volkssaal hat eine unabhängig-kommunistische Opposition bei einem Radau Gläser zerbrochen und Stahlbeine geknickt, letztere wohl zur Führung „des geistigen Kampfes“. Nun ist dem Sozialdemokratischen Verein Stuttgart dafür eine Rechnung über 218.50 Mk. zugegangen. Bezeichnend ist, daß alle Stahlbeine fehlten. Man hatte sie mitgenommen, um den Kampf rot auf der Straße fortsetzen zu können.

Heilbronn, 11. Juni. (Wahlserge.) In Bödingen wurde bei der Wahl in einem Umschlag ein Zettel abgegeben mit folgenden Reimen: „Ich wähl' nicht rot und wähl' nicht schwarz, es ist doch alles für die Katz. Da wähl' ich doch lieber den allergrößten Schieber.“ Angefügt war der Name eines bekannten Bödinger Schiebers. — Kommt da ferner ein biederer einfacher Heilbronner Bürger ins Wahllokal. „I möcht au glei für mei Frau wöhla, du ichst isch kein Kandidat komma.“ — Das geht nicht, wenn Ihre Frau nicht ins Wahllokal gebracht werden kann dann muß sie eben darauf verzichten, zu wählen. — Volker Wut schreit der Enttäuschte: „No wähl' i au nett“, sprach und verläßt das Wahllokal ohne gewählt zu haben.

Marbach, 9. Juni. (Beschlagnahmungen.) Gestern morgen um 4 Uhr erschienen in Zwingenhausen 30 Mann des Landespolizeiamts mit Maschinengewehren, um eine Kontrolle der Lebensmittel vorzunehmen. Es wurde Mehl und Rauchfleisch beschlagnahmt und eine genaue Fählung des Viehstandes vorgenommen.

Geislingen a. St., 11. Juni. Der kaufmännische Verein veranstaltete eine gut besuchte Protestversammlung gegen die riesigen Aufschläge der Telefongebühren. Es wurde eine Entschliebung gefaßt, die an die Landes- und Reichsstellen weiter geleitet werden soll.

Stingen a. Br., 10. Juni. Dem Bäckermeister Späth im nahen Hohenemmingen erlagen von 7 Stück Rindvieh 5 Stück an Maul- und Klauenseuche. Im vorigen Jahre ist dem Betroffenen die Scheuer durch Blitzschlag abgebrannt.

Heidenheim, 11. Juni. (Besseres Bier.) In den Blättern lesen wir hier folgende Nachricht: „Die Brauereien des Oberamts Heidenheim werden von jetzt ab ein erheblich stärkeres (3/4) Bier herstellen und zum Verkauf bringen. Damit wird einem in weiten Kreisen gehegten Wunsch entsprochen und das Bier gegenüber dem immer teurer werdenden Wein wieder zu Ehren kommen.“ — Die Volkspartei hört ich wohl, doch wie stehts mit dem Preise?

Ulm, 10. Juni. (Abtransport russischer Kriegsgefangener.) Am 20. Juni wird ein größerer Teil der russischen Kriegsgefangenen abtransportiert. Es sind dies die Gefangenen aus den Gouvernementsbezirken Moskau, Twer, Jaroslavl, Kostroma, Nishni-Nowgorod, Penza, Tula, Rjasan, Kaluga, Orel, Tambow, Wolgoda. Die Gefangenen, die sich auf Arbeitsstellen befinden, müssen spätestens am 17. Juni im Lager Ulm verammelt sein.

Reutlingen, 10. Juni. (Tödlicher Unfall.) Der 35 Jahre alte Fuhrmann Kupp, der ein Gällensaß führte, wollte während der Fahrt aufsteigen, glitt mit dem Fuß auf der Deichsel aus und kam zu Fall. Durch den heftigen Aufschlag auf den Kopf wurden die Pferde scheu und gingen durch; der Fuhrmann, der die Zügel nicht fahren ließ, wurde ein Stück weit geschleift, kam wieder auf die Beine, stürzte aber dann ein zweitesmal so unglücklich, daß ihm das linke Hinterrad über den Kopf ging, was seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Die Frau des Verunglückten und dessen Kinder, die auf dem Bod des Fuhrwerks saßen, waren Augenzeugen des gräßlichen Todes.

Jung, 11. Juni. (Telephonkündigung.) Ein großer Teil der Telephonabnehmer beschloß in einer Versammlung die Kündigung ihrer Anschlüsse sowie auch der Telephonhändler auf 1. Juli.

Baden.

Pforzheim, 11. Juni. In Bödingen hat sich ein 49 Jahre alter lediger Tagelöhner dadurch das Leben genommen, daß er eine Handgranate entzündete und sich von dieser zerschellen ließ. Der Mann war schwer nervenleidend.

Klengen, 10. Juni. Bei Feldarbeiten fiel dem Landwirte und Bezirksrate Joseph Münch (Simonsbader) eine Egge auf den Fuß und durchbohrte diesen unterhalb des Knöchels. Es gelang dem Verletzten sich von der Egge unter schmerzvollen Mühen zu befreien, das Akzeptsped zu befestigen

und heimzukehren. Trotzdem ihm sofort ärztliche Hilfe zuteil wurde, trat im Verlauf des Krankenlagers Wandstarkes ein, dem Münch erlag.

Konstanz, 11. Juni. Das badische Regierungsbüro, die Karlsruher Zeitung, meldet die Verletzung des charakteristischen Postleitzers Paul Neuenhof von Karlsruhe nach Freiburg. Der Mann hat aber schon vor mehreren Wochen Selbstmord verübt. Und da spricht man immer davon, die moderne Regierungsform habe mit den allen schwerfälligen Gepflogenheiten des alten Bürokratismus gründlich aufgeräumt.

Bermischtes.

Einbruch in eine Fährgruß. Räuber erbrachen die nassauische Fährgruß in der St. Arnualer Südstadt im Saargebiet und stahlen Abendmahlis, sowie Taufgeld.

Nicht besser als früher. Zu dem Obmann des Arbeiterrates einer Fabrik in S. kommt ein Arbeiter entsetzt: „Sech mol, id bin ohne Kündigung entlooten. Dat geh doch nich, wie heff doch nu dat nie Betriebebreitgeht.“ — „Warum bist du entlassen worden?“ — „Id heff do ein Obende en paar Messingstangen mitgenommen un heff sei verlost.“ — „Ja, das darst du doch nicht, das ist Diebstahl.“ — „Kann ich denn deshalb entlooten warn?“ — „Selbstverschuldet.“ — „No, denn is dat ol nich beeter als freuer.“

Die Bierhase und die Kohnhase. In einem Tisch eine Anzahl junger norddeutscher Studenten, an einem Nebentisch ein Armanischer mit einer auffallend dicken und roten Nase. An der Nase über den Mann mit der Kohnhase. Auf allgemeines Bedauern erhebt sich schließlich ein junger Nassensohn, stellt sich dem alten Herrn vor und begrüßt: „Ach, Sie werden entschuldigen, es wäre doch kolossal interessant zu erfahren, woher Sie diese phänomenale Nase haben.“ — Darauf der Münchner: „Ja mein Vaba, das is a sonderbare Gschicht; sehn S' Gabna mol der und i werd's Gabna erzähl'n. Also dazumal, wie d' Nasen verteilt worn san, bin i z' spät kemma, und 's waren rar noch zwoa Nasen do, die ihre und die meine. Da wollt i natürlich 'erst die Ihre nehmen; aber da hat der Herrgott zu mir g'agt: „Haber, die laß lieber liegen, das is a Kohnhase“, und da hab i die meine kriegt. So, und jetz wissen Sie, woher i mei Nasen hab.“

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 11. Juni. Kürzlich wurde an Stelle des nach dem Oden berufenen General von Haas ein neuer württ. Landeskommandant ernannt. Generalmajor Kottsch wird aber die Führung der Reichswehrbrigade 13 (Stuttgart) Ende Juli wieder abgeben. Der bisherige Chef der Deckerleitung im Reichswehrministerium, der letzte preussische Kriegsminister, der württ. Generalmajor Reinhardt, ist zum Befehlshaber des Wehrkreiskommandos 5 und gleichzeitig zum württ. Landeskommandanten ernannt worden. Am wird im ganzen Schwabenland diese Wahl freudig begrüßt.

Stuttgart, 10. Juni. Von der Reichsliste der Deutschen demokratischen Partei fiel auch ein Mandat für den Reichstag dem württ. Kultminister Hieber zu. Der Minister steht nunmehr vor der schweren Aufgabe, sein Ministerium zu verwalten und gleichzeitig die Mandate zu zwei Parlamenten auszuüben.

Stuttgart, 11. Juni. Der frühere Reichswehrminister Nasse war dieser Tage, von Freudenstadt kommend, in Stuttgart. Er hatte längere Besprechungen mit dem Staatspräsidenten Bloß über die durch Wahlen geschaffene Lage und die künftige Stellung der Sozialdemokratie zu den Parteien.

Rosenheim i. Oberbayern, 12. Juni. Der Stadtrat und Großkaufmann Franz Groß ist wegen Zurückhaltung jugenteilter Kommunalverbandsmargarine, die von 5 auf 8 Mark getrieben werden sollte, zu 18 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. 3/4 Zentner Margarine wurden ihm beschlagnahmt.

Landau, 11. Juni. Vom französischen Kriegsgericht wurden wegen Abdruck eines Artikels über die schmerzhaften Besatzungstruppen, in dem die französischen Besatzer die Beleidigung erblühten, der Verleger des Nordpfälzer Tagblatts in Rodenhäuser zu 10 000 Mark Geldstrafe, der Redakteur dieser Zeitung zu 6000 Mk. Geldstrafe, der Verleger des „Kirchheimbolander Anzeigers“ zu einem Monat Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt, der Verleger des „Kufeler Tagblatts“ zu 8000 Mark Geldstrafe und der Verleger des „Lokalanzeigers“ in Oberheim am Glan zu 1000 Mark Geldstrafe.

Berlin, 11. Juni. Der neue Reichstag wird am 24. Juni zusammentreten.

Berlin, 12. Juni. Vom Stettiner Bahnhof traten gestern 670 deutsche Kinder die Reise nach Schweden zum gastlichen Sommeraufenthalt an.

Berlin, 12. Juni. Das Handelsministerium der Vereinigten Staaten benachrichtigte die deutsche Regierung, daß ein Kredit von 45 Millionen Dollar mit Fleischexportzinsen vereinbart worden sei und daß die sofortige Verschiffung von Lebensmitteln nach Deutschland erfolgen könne.

Berlin, 12. Juni. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge findet die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen die 14 Würburger Zeitfreiwilligen-Studenten, gegen die aus Anlaß der Erschiebung von 15 Taler Bürgern während der Märzruhen in Thüringen Anklage wegen Totschlags erhoben worden war, vom 15. bis 18. Juni in Marburg statt. Am 17. Juni ist ein Lokaltermin in Thüringen angelegt.

Wien, 11. Juni. Der Salzburger Landtag feiert gestern folgenden Beschluß: Der Landesrat wird beauftragt, den Anschluß an Deutschland bezw. an Bayern nach wie vor energisch weiter zu verfolgen. Die sozialdemokratische Partei kennzeichnet ihren Standpunkt dahin, daß sie nur für den Anschluß der ganzen Republik an das deutsche Reich und nicht für den länderweisen Anschluß eintrete.

Wien, 11. Juni. Der Staatskanzler Dr. Renner überreichte heute mittag dem Präsidenten Seih die Demission

des Gesamtstabes entgegen und die Sachh des bis zur Führung der Gesamtsache...
Temeswar...
Anina ist das...
die Arbeiter de...
173 Leiden ge...
schweren Berg...
20 Bergleute...
Kienwede...
jetzt ist ein...
Tschellin...
entdecken 10...

Das We...
von den...
auf die Unabh...
nur auf 3 br...
Kaplan zur M...
erangen in B...
Verfassungsna...
D...

Berlin, 1...
präsidenten...
wurde, hat an...
er sie als die...
zur Beteiligung...
Erstler hat n...
lebt. Die U...
lösen proletari...
gang der Lapi...
vertrete die P...
Proletariat un...
des Sozialismus...
hat, den be...
Programme die...
Brennstoffm...
D...

Berlin, 1...
die Ablehnung...
kommen eine...
Juni erfolgte...
Wie dem...
der Reichsprä...
mentarier mit...
Die am Son...
schen Reaktion...
Der „B...
der Ablehnung...
Juni Begrüßu...
sich den Vor...
Bedingungen...
ihrem Bestreb...
zu unterstützen...
Deutschland g...
6 Juni nur 4...
den seien und...
bei den Reich...
demokratie ge...
abgegeben wor...

Ausbru...
Die Man...
höfte des Jol...
schlepp aus...
Auf Grund...
der Min. Ber...
317 ff.) ergeb...
A. Eyo...
B. Eyo...
Kaisersbach...
C. J...
et werden ei...
Höfen, Schö...
berg, Bielef...
Salmbach, G...
die in dem 15...
oberämter...
Den 11...

Man...
Die Sch...
teude heimg...
15. d. M. z...
nach Großv...
a) wegen I...
b) an Man...
In gleich...
Monats zu...
ausgeschlachtet...
Die rech...
erforderlich...
Den 11...
In Oud...
Bez. Amis R...
Ma...
ausgebroch...
Neuenbü...



llliche Hilfe...
Wundstarrkrampf
Regierungszwang
ung des Charak
von Anhang
von vor mehreren
richt man immer
se mit den alten
Bärokratismus
Küber erbrechen
mualer Stillsch
sowie Laufgml.
Obmann des Ko
Arbeiter entru
Klooten. Das ge
Betriebsrätege
Ich heff do ein
n un ein heff lei
was ist Viehst
Selbstsch
freuer.
in einem Tisch
in einem Neben
und roten Kle
mit der schließ
sich schließlich
Dern vor und
würde doch sol
phänomenele Ne
mein Biaba, W
na mol her und
wie d' Nasen
s waren nur
tünge. Da mol
da hat der Her
liegen, bis is
agt. So, und jay
n.
be an Stelle
Das ein neu
eralmajor Ab
rigade 13 (St
bisherige Gel
er letzte pr
Reinhardt, 18
5 und gleich
t worden. Wa
freundl
chliste der
Mandat für
Der Min
ein Minister
te zu zwei
Reichswehrm
abt kommt, i
n mit dem
geschaffene
demokratie zu
Der Statu
jen Zurückh
die von 5
2 Mark
carine wu
den Kriegs
der die
hen Beh
Nordp
Gelbst
der
zu einem
erteilt, der
Mark
in Ober
richtstag
Bahnhof
Schweden
histerium
Regierung,
Fleischer
Verfä
können.
Tageblatt
wegen die
die aus
rend der
lags erh
burg st
17.
geht.
er Land
at wird
Bayer
soziald
n, daß
das deu
eintrete.
e De. K
eich die

des Gesamtkabinetts. Der Präsident nahm die Demission entgegen und beauftragte die scheidende Regierung unter dem Vorsitz des bisherigen Dr. Renner mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte.
Temesvár, 12. Juni. Auf der Grube „Hungaria“ des Staatseisenbahngesellschafts gehörenden Bergwerks von Temesvár ist das Dynamitdepot der Grube aus unbekannter Ursache gerade in dem Augenblick in die Luft geflogen, als die Arbeiter den Schacht verlassen wollten. Bis jetzt sind 173 Leichen geborgen. Außerdem wurden 36 Bergleute mit schweren Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus gebracht. 20 Bergleute werden noch vermisst.
Kienwediep, 11. Juni. Der „Niederländischen Tel. Ag.“ zufolge ist ein englisches Schleppboot auf der Höhe von Terhellin auf eine Mine gestochen und gesunken. Hierbei starben 16 Personen.
Das Wahlergebnis der Reichshauptstadt.
Von den 14 Berliner Mandaten entfallen die Hälfte auf die Unabhängigen, während es die Mehrheitssozialisten nur auf 3 brachten. Sie verloren also 2 gegenüber den Sozialdemokraten zur Nationalversammlung. Die bürgerlichen Parteien erlangen in Berlin nur 4 Sitze (2 Deutsche Volkspartei, 1 Deutschnationaler und 1 Deutschdemokrat).
Die Unabhängigen lehnen ab.
Berlin, 11. Juni. Der Reichskanzler, der vom Reichspräsidenten mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt wurde, hat an die U. S. P. ein Schreiben gerichtet, in dem er sie als die zweitstärkste Partei des künftigen Reichstags zur Beteiligung an der Regierung auffordert. Der Abg. Grippen hat namens seiner Partei diese Aufforderung abgelehnt. Die U. S. P. lehnt auf dem Standpunkt, rücksichtslos den proletarischen Klassenkampf mit dem Ziel der Beseitigung der kapitalistisch-militaristischen Klassenherrschaft. Sie erstrebe die Verrückung der politischen Macht durch das Proletariat und dessen Kleinherrschaft bis zur Verwirklichung des Sozialismus. Für die U. S. P. komme nur eine rein sozialistische Regierung in Betracht, in der sie die Mehrheit habe, den bestimmenden Einfluss ausübe und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bilde.
Preßstimmen zur Ablehnung der Unabhängigen.
Berlin, 11. Juni. Verschiedene Blätter finden, daß die Ablehnung des Vertrags mit den Unabhängigen zusammen eine Regierung zu bilden, in ziemlich brüster Form erfolge.
Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ mitgeteilt wird, dürfte der Reichspräsident kaum vor Sonntag einen anderen Parlamentarier mit der Neubildung des Kabinetts beauftragen. Die am Sonntag stattfindende Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion bilde augenblicklich den Angelpunkt der Krise.
Der „Vorwärts“ sagt, die Unabhängigen hätten mit der Ablehnung die Bildung einer Rechtskoalition erzwungen. Ihre Begründung dieses Schrittes enthalte eine Mischung von falschen Voraussetzungen und Unwahrheiten. Sie hätten Bedingungen stellen können, um die Sozialdemokratie in ihrem Bestreben, das Steuer weiter nach links zu drehen, zu unterstützen. Die Unabhängigen erklärten auch jetzt Deutschland ganz allein regieren zu wollen, obwohl erst am 6. Juni nur 4,8 Millionen Stimmen für sie abgegeben worden seien und 20,4 Millionen Stimmen gegen sie, obwohl bei den Reichstagswahlen 5,5 Millionen für die Sozialdemokratie gegen 4,8 Millionen Stimmen der Unabhängigen abgegeben worden seien. Das deutsche Volk werde jetzt die

Regierung bekommen, die die Unabhängigen gewollt hätten, nicht die unabhängigen Wähler, die über diesen Erfolg ihrer Stimmabgabe vor Erstaunen auf den Rücken fallen würden.
Der „Berliner Lokalanzeiger“ meint, selbst wenn die Mehrheitssozialisten nicht in die Koalition gehen würden, würden die bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Demokraten stark genug sein, um eine feste Koalition zu bilden.
Die „Tägliche Rundschau“ würde einen Ausschluß einer arbeitswilligen Sozialdemokratie von der Regierung für einen schweren Fehler halten. Der Sozialdemokratie ständen alle Türen offen. Wenn sie sich weigere, einzutreten, solle ihr die Verantwortung allein zu.
Wochenplauderei.
(Der neue Reichstag.)
Prüft man die Namen, sieht das Haus
In mancher Hinsicht kritisch aus:
Es weilen „Sorge“ drin und „Schred“,
Auch „Schuld“ und zwei, bekannt als „Ged“;
Ein „Wolf“ schlich wiederum sich ein,
„Ein Baum“ und „Gege“ kam hinein!
Doch hat das hohe Haus daneben
Zwei „Schirmer“, welche Schutz ihm geben,
Auch schützt ein „Damm“ es allerwärts,
Auch birgt es „Ernt“, auch hat es „Perk“,
Auch hat es „Reize“, hat es „Dize“
Und viele Männer von der Spritze.
Den „Streik“ und den „Scheidemann“,
„Haus“, „Haß“, „Hart“, „Rei“ und „Mittelmann“,
„Bach“, „Bau“, „Bed“, „Fort“ und „Dannemann“,
„Bell“, „Feldt“ und „Nah“ und „Pennemann“,
„Bohl“, „Busch“, „Ditt“, „Disz“ und „Havelmann“,
„Dof“, „Doff“, „Schu“, „Schuh“ und „Westermann“!
O mächtigen diese Männer alle
Klug wirken in des Reiches Halle!
Ein „Kaiser“ (röthlicher Kulbe),
Und noch ein „König“ nebenher
Sind auch ins neue Haus gewählt,
Das ferner zu den Seinen zählt:
„Vogt“, „Vogelher“, „Herold“, „Schreiber“, „Richter“
(Teils alte und teils neue Lichter),
„Wirth“, „Bauer“, „Müller“, „Becker“, „Koch“
Und „Fleischer“, „Fischer“, „Schiffer“ noch.
Der „Anker“ und der „Wieland“ kamen
Auch siegreich durch das Wahlgamen.
Fast alle Farben sind zu schau'n:
„Schwarz“, „Weiß“ und „Bühl“ und mehrfach „Braun“.
Ein holder „Baum“ im Reichshaus blüht,
Auch „Busch“ und „Blum“ man darin sieht;
Auch neu raucht munter unterm Dach
Im Reichstags-„Drim“ der — „Fehrenbach“.
Nicht Frucht fehlt und nicht Lederer:
's gibt „Körner“, „Kärbis“, „Rost“ und „Bren“,
Ein „Seidel“ „Bock“ steht zur Verfügung
Für feuchte Labung und Vergnügung.
Stolz sitzen in dem großen Kranz
Der „Ulrich“, „Philipp“, „Seppel“, „Franz“
Und „Christian“ auch, der rabiate,
Und „Niele“, „Agnes“ und „Renate“.
Auch „Roses“ wird im Reichstag walten
Nebst andern biblischen Gestalten,
Wie „David“, „Simon“ usw.,
Der Linken angehör'ge Streiter.

Zischt Luise Bieg mal allzu groß,
Wird gar ihr Kreischen zum Ge-„Bell“,
Sorgt hoffentlich alsbald die „Dusche“,
Dass sie sich möhige und laische!
Eda.
Erwiderung auf das Eingekandt in Nr. 133.
Bezüglich der Preise für ausgegebene Fleischkonserven haben wir in Nr. 123 ershöpfende Antwort gegeben. Wir haben auch die mündliche Auskunftserteilung zugesichert. Damit ist die Sache für uns erledigt und können wir mit Ruhe abwarten, bis die Staatsanwaltschaft sich mit dem Altweiberklatsch befaßt, nur muß der Einsender sich fügen, daß er nicht seine eigene Nase wegen leichtfertiger Anschuldigungen verstoßt.
Wenn aber der Einsender an Stelle sachlicher Gründe von mangelndem Vertrauen zu den Kommunalverbänden, von Unregelmäßigkeiten und Schiebung, die da und dort vorgekommen sein sollen, spricht, und damit auch den hiesigen Kommunalverband zu verdächtigen sucht, so weisen wir derartige leichtfertige Anwürfe als böswillige Verleumdung entschieden zurück. Wenn irgendwo eine Unregelmäßigkeit vorgekommen ist, dann darf doch nicht oerallgemeinert werden. Das würde denn der Einsender sagen, wenn eine irgendwo vorgekommene Unterschlagung eines Gerichtsvollziehers verallgemeinert und alle Gerichtsvollzieher als Betrüger angesehen würden?
Ebenso ungerecht ist der Hinweis der Bauern auf ungenaue Preise beim Grundbezug im Frühjahr 1919. Die damalige Notlage und die vermehrten Kosten eines auswärtigen Aufkaufs machten höhere Preise notwendig. Es wird aber die Tatsache ausdrücklich festgestellt, daß der Kommunalverband an dem Heu ebensowenig verdient hat, wie an den Fleischkonserven. Oberamtspfleger Kübler.
Oberamt Neuenbürg.
Wild u. Geflügel.
Nach Aufhebung der Regelung des Verkehrs mit Wild und Geflügel durch den Reichswirtschaftsminister, welche hienach weder dem Fleischmarkt, noch dem Höchstpreiszwang mehr unterliegen, sind auch die württembergischen Bestimmungen über den Verkehr und Verbrauch von Wild und Geflügel jeder Art aufgehoben worden. Nur der Verkauf von Wild nach Orien außerhalb des Wirtschaftsgebietes Württemberg-Hohenzollern ist noch genehmigungspflichtig.
Die Fleischversorgungsstelle hat jedoch zur Vermeidung übermäßiger Preissteigerungen folgende Höchstpreise aufgestellt:
I) für den Verkauf durch den Jäger
bei Rehwild (mit Decke) 6 Mk.
bei Rot- und Damwild (mit Decke) 5 Mk. 50 Pfg.
für 1 Pfund.
II) für den Verkauf an den Verbraucher
bei Rehwild je für 1 Pfund Schlegel 11 Mark,
Häcken 9
Blatt und Bug 6
Kochfleisch 4
Wegen der Kleinverkaufspreise für Rot- und Damwild wird vor Aufgehen der Jagd am 1. Juli weitere Verfügung erfolgen.
Den 9. Juni 1920. Killing, A.B.
Formulare liefert rasch und billig die
G. Neuschäfer Buchdruckerei.

Oberamt Neuenbürg.
Ausbruch der Maul- u. Klauenseuche.
Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen im Gebiete des Johann Georg Burghardt in Igelstoch, eingeschleppt aus Bröhlingen.
Auf Grund des Viehseuchengesetzes und der §§ 182—192 der Min.-Verfügung hiezu vom 11. Juli 1912 (Reg.-B. S. 317 ff.) ergehen folgende Anordnungen:
A. Sperrbezirk: Igelstoch ohne Unterkollbach.
B. Beobachtungsgebiet: Unterkollbach, Jaimen, Reisenbach, Weinberg, Oberreichenbach, Oberkollbach.
C. In den Umkreis von 15 km um den Seuchenort werden einbezogen die Gemeinden Willbald, Calmbach, Hfren, Schömburg, Ober- und Untertengengardt, Schwarzenberg, Bieselsberg, Kapfenhardt, Langenbrand, Waldrennach, Solmbach, Grunbach, Engelsbrand des Oberamtsbezirks und die in dem 15 km Umkreis gelegenen Gemeinden der Nachbaroberämter.
Den 11. Juni 1920. Killing, A.B.
Oberamt Neuenbürg.
Maul- und Klauenseuche.
Die Schultheißenämter der von der Maul- und Klauenseuche heimgesuchten Gemeinden werden ersucht, bis längstens 15. d. M. zu berichten, wieviel Rindviehstücke — getrennt nach Großviehstücken, Jungkündern, Kälbern — bis jetzt:
a) wegen Maul- und Klauenseuche notgeschlachtet wurden.
b) an Maul- und Klauenseuche gefallen sind.
In gleicher Weise ist bis auf weiteres am 1. und 15. jeden Monats zu melden, wieviel Tiere seit dem letzten Bericht notgeschlachtet worden und gefallen sind.
Die rechtzeitige Vorlage der Meldungen ist unbedingt erforderlich.
Den 11. Juni 1920. Killing, A.B.
In Guchenfeld, Bez.-AmtsPforzheim, und Ottenau, Bez.-Amts Kastatt, ist die
Maul- und Klauenseuche
ausgebrochen.
Neuenbürg, den 11. Juni 1920. Oberamt:
Killing, Reg.-Aff.

In einem Gehöft in Loffenau ist die Pferderäude festgestellt worden.
Neuenbürg, 12. Juni 1920. Oberamt:
Killing, A.B.
Verordnung
über das Inkrafttreten der Vorschriften der §§ 45 bis 52 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 (Reichsgesetzbl. S. 359).
Auf Grund des § 58 Abs. 6 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 (Reichsgesetzblatt S. 359) in der Fassung des Gesetzes zur Durchführung des Einkommensteuergesetzes vom 31. März 1920 (Reichsgesetzblatt S. 428) wird hiermit bestimmt:
Die Vorschriften der §§ 45 bis 52 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 über den Abzug von Einkommensteuer am Arbeitslohn treten mit dem 25. Juni 1920 in Kraft.
Berlin, den 21. Mai 1920.
Der Reichsminister der Finanzen.
(gez.) Dr. Wirth.
Diese Verordnung wird hiermit bekannt gegeben.
Neuenbürg, den 11. Juni 1920.
Finanzamt: Mangold.
Dobel.
1 Sodawasser- u. Limonadenapparat,
einfach, mit Kupferkessel,
Flaschen, auch Flaschenpülmaschine,
Flaschenförbe und Schwentvorrichtung,
für Wirte sehr geeignet, zu verkaufen.
Weiter habe abzugeben
1 Bienenkasten,
bad. 4 Beuten, Setag., gebraucht, anfallende Schwärme,
sowie 1 Wasserblaufenstein.
Robert Treiber, Telefon 11.

Arnbad.
Schuhwaren aller Art,
in allen Größen, in einfacher und in besserer Ausführung, gute, strapazierbare, sowie auch billige Ware, empfiehlt zu den billigsten Tagespreisen.
Ernst Hermann, Schuhgeschäft.
Birkenfeld.
25—30 tüchtige
Maurer
finden dauernde Beschäftigung. Pforzheimer Tariflohn.
Albert Koch, Baugeschäft.
2 Zimmerleute
können sofort eintreten bei
Ad. Lötterle, Pforzheim.
Grunbach. Unterniebelbach.
Zu verkaufen 1 reifarbiges Die
Ziege 
mit 1 ausgebandenen, 7 Wochen alten Jungen, sowie 1 Paar **Läufer Schweine.**
Joh. Bus, Wagner. Frau Kunzinger.

